

## 4 Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

### 4.1 Die Transformation Mittel- und Osteuropas

Für die Disziplin der Internationalen Beziehungen sind die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1989/90 eine der wichtigsten *politischen Zäsuren* des 20. Jahrhunderts. Mit dem Wechsel der politischen Systeme und der Auflösung des „kommunistischen Blocks“, der mit dem Verlust der Hegemonie der Sowjetunion in Ostmitteleuropa einherging, kam der weltumspannende Ost-West-Konflikt zu einem Ende. Ein tief greifender Wandel vollzog sich in Europa, indem die politischen Veränderungen in eine neue politische Architektur eines „Gesamteuropa“ mündeten und die direkte ideologische und militärische System-Konfrontation nicht zuletzt durch die Einbindung der post-kommunistischen Reformländer in die europäischen Institutionen, wie EU, Europarat und OSZE, beendet werden konnte. Aber auch in anderen Weltregionen, wie im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika, konnten Konfliktkonstellationen des Kalten Krieges aufgelöst oder zumindest abgeschwächt werden.

Die *Folgen* dieser Umbrüche für die Internationalen Beziehungen bestehen zum einen darin, dass sich sowohl die Strukturen Internationaler Organisationen als auch ihre Konzepte gewandelt haben. Dies gilt zunächst für die Europäische Union, die sich durch die Erweiterung und die Aufnahme der jungen Demokratien Mittelosteuropas nun als gesamteuropäische und nicht mehr als westeuropäische Organisation begreift, aber auch für die NATO, die sich durch die Osterweiterung geographisch vergrößert und ihre Aufgaben neu definiert hat. Neben diesen konzeptionell-institutionellen Veränderungen zeigen die Transformationsprozesse die Möglichkeit einer graduellen, von außen moderierten zivilen Demokratisierung auf. In der Folge der friedlichen Revolutionen von 1989/90 sind neue politische und wirtschaftliche Systeme entstanden, die in der Forschung im Allgemeinen unter dem Paradigma der *Demokratisierung* analysiert werden. Der Systemwechsel in Ost- und Ostmitteleuropa ist historisch und global Teil der Transformation politischer Systeme (z. B. von Beyme/Offe 1995; Glaessner 1997; Merkel/Puhle 1999). Während die Länder in Mittelosteuropa dem Typus der westlichen Demokratien entsprechen, sind in anderen Ländern der Region autoritäre Regime bzw. so genannte „defekte“ Demokratien eher typisch, wie z. B. in der Ukraine, in Weißrussland und in Russland. Einige Autoren sprechen daher von einer „Erfolgsgeschichte“ der defekten, illiberalen Demokratien als Folge des Systemwechsels (Merkel u. a. 2003 und 2006). Zwanzig Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts kann daher als Zwischenergebnis festgehalten werden, dass die Entwicklungspfade im Übergang von der Diktatur zur Demokratie variabel und vielfältig sind.

Mit den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa konnten in der *Transformationsforschung* neue Erkenntnisse erzielt werden, die auch für die Internationalen Beziehungen von wesent-

licher Bedeutung sind. Das Ende der globalen Systemauseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und dem Westen ist historisch betrachtet eine aufschlussreiche Fallstudie über den Zusammenhang zwischen der internationalen Konstellation und den internen Veränderungen in den kommunistisch regierten Ländern. Inzwischen liegen eine Fülle von vergleichenden und einzelfallorientierten Studien über die Länder der Region vor, die zum einen den Prozess der Demokratisierung analysieren und zum anderen die Bedeutung dieser Systemtransformationen im globalen Kontext aufzeigen. Im Schnittfeld zwischen vergleichender und internationaler Politik angesiedelt, gehört die Transformationsforschung heute zu den problemorientierten Feldern einer zunehmend auch international orientierten Forschung. Folgende Leitfragen stellen sich für die Forschung: Welche Faktoren erklären den Zusammenbruch staatssozialistischer Herrschaftssysteme? Wie unterscheidet sich der Systemwechsel in Ost- und Ostmitteleuropa von anderen Transformationen, etwa in Lateinamerika? Welche Faktoren befördern die Konsolidierung der nach dem Systemwechsel von 1989/90 entstandenen neuen politischen Systeme und welche Rolle spielen Internationale Organisationen, wie z. B. die Europäische Union, die OSZE und der Europarat? Welche Theorien sind besonders geeignet, um den Übergang von diktatorischen zu demokratischen politischen Systemen zu analysieren?

Aufgrund von historischen und regionalen Besonderheiten unterscheidet sich die Transformation in Mittel- und Osteuropa von früheren Systemwechseln in der „dritten Demokratisierungswelle“, die seit Beginn der 1970er Jahre zunächst in Südeuropa und in Lateinamerika einsetzte. Die relativ lang andauernde Phase der zentralistischen staatssozialistischen Herrschaft kombiniert mit einer fehlenden Ausdifferenzierung der politischen Sphäre und schwach entwickelten Zivilgesellschaften stellt den Demokratisierungsprozess vor besondere Schwierigkeiten. Eine politische Gegenelite konnte sich, wenn überhaupt, erst recht spät formieren. Zeitgleich mit dem politischen Umbau müssen die Wirtschaftsreformen unter einem gewachsenen Druck des Weltmarkts im Zuge der Globalisierung umgesetzt werden. Wie lange eine „politische Ökonomie der Geduld“ (Claus Offe), die für diesen komplizierten Anpassungsprozess notwendig erscheint, in den Ländern aufrechterhalten werden kann, ist keineswegs geklärt. Die enge Verflechtung mit den übrigen europäischen Ländern und dem Weltmarkt erweist sich als *mixed blessing* bzw. zweiseitiges Schwert, denn sie stabilisiert den politischen Entscheidungshorizont für die Demokratisierung um den Preis eines verschärften wirtschaftlichen Konkurrenzdrucks.

Analytisch kann die Transformation der politischen Systeme nach Merkel u. a. in *drei Phasen* unterteilt werden: Einer ersten Öffnung bzw. Liberalisierung folgt der eigentliche Systemwechsel, welcher eine längere Phase der Konsolidierung demokratischer Strukturen einleitet. Die Frage, wann eine Demokratie als konsolidiert gilt, ist dabei alles andere als einfach zu beantworten, da sie sowohl normative Kriterien als auch empirische Zusammenhänge beinhaltet. Auch darüber, welche internen und externen Rahmenbedingungen die Konsolidierung der jungen Demokratien befördern, herrscht Uneinigkeit. Auf der einen Seite steht das Paradigma der *Pfadabhängigkeit*. Danach entscheiden historische Erfahrungen und präformierte institutionelle Konfigurationen über die Konsolidierungschancen von Demokratien. Legt man die Bedeutung historischer Erfahrungen mit demokratischen Strukturen zugrunde, dann wären allerdings nur wenige Länder qualifiziert, diesen Sprung in dauerhafte demokratische Verhältnisse erfolgreich abzuschließen, denn erstens waren die Demokratien der Zwischenkriegszeit typischerweise instabil und kurzlebig, und zweitens sind die meisten Reformländer

neu geschaffene Staaten mit multivarianten historischen Erfahrungen, die zudem mit inneren Konflikten um ethnische Identitäten und Minderheitenrechte zu kämpfen haben.

Demgegenüber betonen entscheidungsorientierte Theorien, dass die konkreten *politischen Entscheidungen*, die unmittelbar in der Phase des Systemwechsels getroffen wurden, richtungweisend für die Demokratisierung sind. Politische Entscheidungen (*political choices*), so nimmt die Entscheidungstheorie an, die politische Eliten über die Formen der Machtverteilung und der politischen Willensbildung, das Design des Wahlrechts sowie Tempo und Ausmaß der Wirtschaftsreform treffen, bestimmen demnach über den Verlauf und die Chancen der Demokratisierung. Im Unterschied zum Paradigma der Pfadabhängigkeit sind Entscheidungstheorien weniger an historischen Erfahrungen und der politischen Geschichte der Länder interessiert, sondern an den Präferenzen von politischen Eliten und ihren rationalen Kosten-Nutzen-Erwägungen.

Aus heutiger Sicht bilden die historischen Muster und Mentalitäten relevante Parameter für die Transformation, allerdings nicht im Sinne einer strikten „Pfadabhängigkeit“, sondern im Sinne von intervenierenden Variablen. Ob eine demokratische Transformation stabil gehalten werden kann, hängt dabei zum einen von der Positionierung der politischen Eliten, ihren Erfahrungshintergründen und ihren Entscheidungen ab. Aber auch die „Leidensfähigkeit“ der Bevölkerung, d. h. die Bereitschaft, die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses zu „erdulden“, beeinflusst die Chancen einer nachhaltigen Demokratisierung. Stabilität und Legitimität der neuen politischen Systeme werden letztlich erst mit wirtschaftlichem Erfolg gewährleistet. Eine bedeutende, und diese Transformation von anderen Systemwechseln unterscheidende Variable ist für die meisten ostmitteleuropäischen Länder zudem die Einbindung in den europäischen Integrationsprozess und die Europäische Union, die einen wesentlichen Einfluss auf die politische Gestaltung der post-kommunistischen Gesellschaften ausübt.

Trotz zunächst ähnlicher Ausgangslage und vergleichbaren Problemen verlief die politische Entwicklung in den Reformländern daher sehr unterschiedlich. Insbesondere für die mittel-osteuropäischen und die baltischen Länder kann heute festgestellt werden, dass sie als Modelle für eine erfolgreiche Demokratisierung angesehen werden können. Mehrere Faktoren begünstigten diese Entwicklung, darunter der relativ hohe Bildungsstand der Bevölkerung und die geographische Nähe zu Westeuropa sowie die Aufnahme in die Europäische Union. Ob sich die Erfahrungen und Erkenntnisse über den Verlauf der Systemöffnung und der Systemtransformation auch auf andere Regionen übertragen lassen, etwa im südlichen Mittelmeerraum und im Nahen und Mittleren Osten, ist für die internationale Politik heute eine spannende Frage.

#### 4.1.1 Der Umbruch 1989/90

Binnen weniger Monate wurden die staatssozialistischen Regime 1989/90 von neuen Machtkonstellationen abgelöst. Für diesen unerwarteten Zusammenbruch wurden in der wissenschaftlichen Literatur zunächst zwei unterschiedliche analytische Erklärungskonzepte vorgelegt. Die eine Gruppe von Autoren folgt im Kern einem *systembezogenen Erklärungsmodell*, das Makrostrukturen gesellschaftlicher Prozesse in den Blick nimmt. Diese Ansätze beziehen sich in der Regel auf die Modernisierungstheorie und arbeiten systemische Defizite der ost- und ostmitteleuropäischen Gesellschaft heraus. Demgegenüber folgt eine andere Denkschule *akteursbezogenen Ansätzen*, die handlungstheoretische sowie sozialpsychologische Zusam-

menhänge in den Vordergrund rücken. Vereinfacht kann man feststellen, dass die erste Erklärungsvariante deutlicher in den europäischen Ländern und hier vor allem in Deutschland dominiert, während die Akteursbezogenen Ansätze in den angelsächsischen Ländern stärker vertreten sind. Eine dritte Gruppe versucht, die Dialektik zwischen den Makrostrukturen (systemspezifische Probleme) und der Mikroebene (Akteure) zu verbinden. Ein theoretisches Modell, das der Komplexität der Umbrüche gerecht wird, muss heute von einem *multivarianten Ansatz* ausgehen und nicht nur auf der Ebene von Makrostrukturen argumentieren (z. B. Glaessner 1997; von Beyme/Offe 1995; Merkel 1994). Akteure mit ihren spezifischen Erfahrungshintergründen und den von ihnen präferierten politischen Entscheidungen beeinflussen einen historischen Prozess, der primär durch politisches Handeln vorangetrieben wurde, während die Makrostrukturen vor allem den Handlungskontext in diesem historischen Zeitfenster bestimmen.

Analytisch lassen sich aus der vorliegenden Literatur *vier Hauptfaktoren* für den Umbruch benennen: Die *Veränderung der Internationalen Beziehungen* stellen zweifellos einen wichtigen Erklärungszusammenhang für den Systemwechsel dar. Bereits vor dem Fall der Mauer im November 1989 hatten sich in der Sowjetunion durch den Machtwechsel in der Führungsspitze Veränderungen vollzogen, die schließlich auch eine neue Außenpolitik möglich werden ließen. Im Rahmen der Annäherung zu den Vereinigten Staaten, welche Teil eines „*neuen Denkens*“ in der Außenpolitik war, kam es im isländischen Reykjavik 1988 zu einem ersten Treffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten George Bush (sen.) und dem neuen sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow, bei dem eine Vereinbarung über den Abzug von Mittelstreckenraketen aus Europa getroffen wurde. Diese Vereinbarung war nur möglich geworden, weil sich bereits vor der neuen Phase der Entspannung Veränderungen in der Sowjetunion vollzogen und sich die Reformer, zumindest in Teilbereichen, gegenüber der alten, anti-westlich ausgerichteten Machtelite im Militär- und Sicherheitsapparat durchgesetzt hatten. Das Dilemma der Sowjetunion bestand zu dieser Zeit in einem „*imperial overstretch*“, in einer Überdehnung ihrer Macht bis zur Überbeanspruchung. Die Politik der „*Perestroika*“, die der sowjetische Präsident Gorbatschow propagierte, zielte zum einen auf eine Veränderung des zentralen Wirtschaftsmechanismus, um die Sowjetunion aus der Krise herauszuführen. Unterstützt wurden die Wirtschaftsreformen zum anderen durch eine Öffnung der Medien und des politischen Diskurses im Rahmen von „*Glasnost*“. Ein weiteres zentrales Element seiner Politik bildete ein neues Denken in der Außenpolitik, das zu einer Annäherung an den Westen, insbesondere an die Vereinigten Staaten, führte. Durch die von Gorbatschow eingeleiteten Reformen vergrößerten sich auch die Handlungsspielräume der Ostblockländer, was schließlich zu dem – von Gorbatschow nicht intendierten – Resultat führte, dass sich die Länder von der sowjetischen Hegemonie loslösten. Der Versuch, die sowjetische Politik an die Veränderungen anzupassen, führte schließlich zu dem paradoxen Resultat der Implosion des sowjetischen Macht- und Einflussbereichs.

Ein weiteres wichtiges Erklärungselement besteht in der zunehmenden Bedeutung der *Globalisierung* des Weltmarktes und der damit einhergehenden Zuspitzung der Wirtschaftskrise in den RGW-Ländern. Während die am sowjetsozialistischen Modell orientierten Länder in den ersten drei Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg beeindruckend hohe Wachstumsraten aufwiesen, änderte sich dies spürbar mit den veränderten Weltmarktbedingungen ab Mitte der 1970er Jahre. Die „Hochzeit zwischen Kohle und Stahl“ (Alexander Gerschenkron), die für den Wiederaufbau und die industrielle Massenproduktion zunächst notwendig gewesen war, wirkte seit den 1970er Jahren zunehmend als Hemmschuh für eine innovative Wirt-

schaftsentwicklung. Die fortgesetzte Förderung der Schwerindustrien selbst noch zu einem Zeitpunkt, als die Stahlexpansion in (West-)Europa längst vorbei war, weil sich asiatische Länder mit preisgünstigen Angeboten durchsetzen konnten, und sich der Weltmarkt an neuen Technologien, wie der Mikroelektronik, und an qualitativ hochwertigen, flexiblen Produkten orientierte, legte die zentrale Schwäche der osteuropäischen Länder offen: Die Gleichgerichtetheit der Wirtschaftssysteme im Rahmen der Planwirtschaft und die politisch begründete Abschottung von Weltmarktentwicklungen im sowjetisch dominierten RGW-Raum wurde zur innovationshemmenden Fessel der Länder. Verschärft wurde das Problem durch den Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten, der besonders in der Sowjetunion Ressourcen band und produktive Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Ländern verhinderte. Weder konnten die RGW-Länder schließlich die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen sichern, noch waren sie in der Lage, die sich verschärfenden Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. Die finale Krise der staatssozialistischen Länder bestand im politischen Versagen der Führungseliten und der Inflexibilität des Systems bei veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen. Der Wirtschaftshistoriker Charles S. Maier (1997) vertritt die Auffassung, dass die Sowjetunion und die mit ihr verbundenen Länder nicht in der Lage gewesen seien, auf die neuen Herausforderungen, die durch die Weltmarktentwicklungen entstanden waren, politisch angemessen zu reagieren, da die politischen Systeme rigide und unflexibel waren. Eine wirtschaftliche Modernisierung war unter diesen Umständen nicht möglich.

Als weiterer Erklärungsfaktor für den raschen Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa gilt das *Legitimationsdefizit* der politischen Systeme. Die Anpassung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen an das sowjetische Modell, die in der Nachkriegszeit teilweise mittels Repression und Gewalt erfolgte, ließ den jeweiligen Gesellschaften wenig Raum für eigenständige Entwicklungen und verhinderte trotz gravierender Probleme notwendige Reformen. Die periodisch auftretenden Krisen in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas, wie der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR, der Aufstand in Ungarn im Jahr 1956, der „Prager Frühling“ 1968 in der Tschechoslowakei sowie die Streikwellen in Polen in den Jahren 1970, 1976 und 1980 waren weithin sichtbare Zeichen eines chronischen Legitimationsdefizits. Obwohl keine dieser Krisen einen unmittelbaren Systemwechsel herbeiführte, zeigten sie „Risse im Monolith“ an, die die sowjetische Hegemonie in der Region in Frage stellten. Ausdruck eines generationsbedingten Mentalitätswandels waren auch verschiedene Formen von Protest durch Streiks, Demonstrationen und passive Verweigerung, die vor allem in den 1980er Jahren den Boden für den Systemwechsel bereiteten. Der fiktive *Gesellschaftsvertrag*, auf dem die Legitimation der staatssozialistischen Systeme aufgebaut hatte und der der Bevölkerung soziale Sicherheit im Austausch gegen politische Freiheiten bot, erwies sich vor allem in der Endphase des Regimes als brüchig.

Schließlich ist ein vierter, zentraler Erklärungsfaktor zu benennen, der den Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime befördert hat: der Konflikt zwischen der *Entstehung von basisdemokratischen Massenbewegung und der Reformunfähigkeit der Eliten*. Spätestens mit der Bildung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc“ in Polen wurde deutlich, dass sich eine neue, politisch selbstbewusstere Generation herausgebildet hatte, die die herkömmlichen Machtstrukturen in Frage stellte. Selbst in der relativ geschlossenen Gesellschaft der DDR trat in den 1980er Jahren ein Wandel ein, der schließlich zur Aufkündigung des Generationenvertrags führte. Die offizielle politische Kultur wurde durch eine sich immer offener artikulierende, inoffizielle politische Kultur herausgefordert. Bereits die Bildung einer unab-

hängigen Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre im Rahmen von Kirchenbasisgruppen, dann die Entstehung kleinerer Frauen-, Menschenrechts- und Umweltgruppen, die nach Alternativen zum erstarrten staatssozialistischen Modell suchten und zur politischen „Doppelkultur“ der DDR führten, deuteten Konturen eines Umbruchs an (Lemke 1991). Allerdings kam es erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu einem raschen Bedeutungszuwachs dieser Initiativen, vor allem durch die im September 1989 erfolgte Bildung des „Neuen Forums“ und anderer Gruppen. Aufwind erhielten die Oppositionsbewegungen in der DDR durch den „Demonstrationseffekt“, der durch die gleichzeitig in den angrenzenden Ländern stattfindenden Proteste und Demonstrationen erzeugt wurde. Im Herbst 1989 verstärkten sich Massenausreise („*exit*“) und Massenproteste („*voice*“) in der DDR wechselseitig, so dass sich die Protestbewegung trotz der organisatorischen Schwäche der innergesellschaftlichen Opposition in den Jahrzehnten vorher rasch ausbreitete.

Dabei bleibt festzuhalten, dass die friedliche Revolution in der DDR in mehrfacher Hinsicht einen Sonderfall darstellt. Im Unterschied zu den Umwälzungen in den anderen Ländern führte die friedliche Revolution nicht nur zu einem politischen Systemwechsel, sondern auch zur Selbstauflösung des Staates. Der Historiker Konrad Jarausch (1995) bezeichnet die „unverhoffte Einheit“ (im englischen Buchtitel zutreffender als „*rush to German unity*“) als Spezifikum der ostdeutschen Entwicklung. Der unmittelbare Auslöser für die Krise des Regimes war die Massenausreise aus der DDR im Sommer 1989. Mit der Öffnung der Mauer im November 1989 setzte die „Revolution in der Revolution“ (Jarausch) ein und die Forderung nach der Wiedervereinigung gewann gegenüber der Vorstellung innerer Reformen in der DDR die Überhand.

Allgemein betrachtet können zwei Modi der Ablösung kommunistischer Regime unterschieden werden: der graduelle und der abrupte Regimewechsel. In die erste Gruppe des *graduellen Regimewechsels* gehören die Länder, in denen die Ablösung der alten Machtstrukturen entweder durch eine vorhandene Oppositionsbewegung „von unten“ vorbereitet und dann durchgeführt wurde, oder in denen der Wandel durch einen Positionswechsel innerhalb des kommunistischen Parteiapparats und die Bildung eines innerparteilichen Reformflügels möglich wurde. Polen gilt als Beispiel für den ersten Fall, während Ungarn den anderen Fall repräsentiert. Ein *abrupter Wechsel* fand dagegen in der DDR und in der Tschechoslowakei statt. Beide Länder gelten als „latecomer“ im Umbruch, in denen der Druck einer Massenmobilisierung, befördert durch den so genannten „Demonstrationseffekt“, zu einem raschen Fall des alten Regimes führten. Beobachter wie der britische Historiker Timothy G. Ash (1990) merkten an, dass sich der Wandel in immer kürzeren Zeitintervallen vollzog: 10 Jahre in Polen, von der Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc“ im Sommer 1980 bis zur ersten nicht-kommunistischen Regierung 1989/90; zehn Monate in Ungarn, wo im Herbst 1988 eine Verfassungsreform mit dem Ziel der Liberalisierung durchgeführt wurde, bis zur Einführung des Runden Tisches und der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich im Sommer 1989; zehn Wochen in der DDR vom Rücktritt Erich Honeckers im Oktober zur Einrichtung des Runden Tisches im Dezember 1989; zehn Tage in der Tschechoslowakei von den Massendemonstrationen und Streiks Ende November zu den freien Wahlen im Dezember 1990. Die Beschleunigung des Wandels gehörte zum Muster der ostmitteleuropäischen Transformation.

Eine weitere Frage, die in der Literatur thematisiert wird, betrifft den *politischen Charakter* des Wandels. Handelt es sich um eine *Revolution*, eine *Reform* oder schlicht eine „*Wende*“? Eine Schwierigkeit der Klassifizierung liegt darin, dass die friedlichen Revolutionen in Mit-

tel- und Osteuropa anders verliefen als die bisher aus der Geschichte bekannten Revolutionen; sie lassen sich daher eher als ein eigenständiger Typus beschreiben. Ausgangspunkt bildeten nicht primär soziale Fragen, wie in der klassischen Revolutionstheorie angenommen. Der Klassenkonflikt mit der dominanten Konfliktlinie um eine gerechtere Verteilung von ökonomischen Ressourcen innerhalb der Gesellschaft bildete nur eine Hintergrundebene des Wechsels. Vielmehr wurden vor allem politische Probleme Motor der revolutionären Umbrüche, wie die lähmende Reformunfähigkeit der staatssozialistischen Systeme, die unerträglich gewordene Verkrustung der Gesellschaft mit fehlenden Aufstiegs- und Entwicklungschancen sowie fehlende Freiheiten. Hilfreich für die Analyse der revolutionären Umbrüche in Ost- und Ostmitteleuropa sind daher solche Theorien, die die politische Verarbeitung dieser sozialen und politischen Probleme fokussieren. Wie schon Hannah Arendt hervorhob, sind Revolutionen politische und nicht nur soziale Phänomene. Nach ihrer Auffassung ist „die verbreitete Vorstellung von der Revolution als Folge des bewaffneten Aufstands ein Märchen.“ Zur Revolution gehöre nicht nur eine zur Machtübernahme bereite Gruppe, sondern auch die „innere Zersetzung der Staatsmacht“ (Arendt 1994: 50). Der grundlegende politische Systemwechsel rechtfertigt dabei die Bezeichnung des revolutionären Umbruchs. Allerdings verlief er in einigen Ländern eher graduell und teilweise unter Beteiligung der alten, gewendeten Machteliten. Mit der Bezeichnung „Refolution“ hatte der britische Historiker Timothy Garton Ash den Doppelcharakter von Reform und Revolution in Mitteleuropa zum Ausdruck bringen wollen, während der Begriff der „Wende“ vor allem im Kontext der deutschen Entwicklung verwendet wurde, um die Abkehr vom SED-Regime zu charakterisieren. Als abkürzender Ausdruck steht die „Wende“ für die friedliche Revolution in der DDR, ohne jedoch analytische Tiefe beanspruchen zu können.

#### 4.1.2 Besonderheiten der mittel- und osteuropäischen Demokratisierung: Transformation, nicht Transition

Der politische Umbruch in Mittel- und Osteuropa wird auch als „dritte Welle“ der Demokratisierung bezeichnet. Nach dem Übergang zur Demokratie in Südeuropa in den 1970er Jahren mit dem Ende der Militärdiktaturen in Portugal und Griechenland und der Liberalisierung Spaniens nach dem Tode Francos 1975 vollzog sich in den 1980er Jahren in Lateinamerika ein Übergang („transición“) von autoritären zu demokratischen Regierungen, wie in Argentinien, Brasilien, Chile (vgl. O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986). Die Systemwechsel in Ost- und Ostmitteleuropa reihen sich daher in eine Gruppe von anderen Systemtransformationen ein.

Während man beim Systemwechsel in Lateinamerika von einer Transition ausgeht, handelt es sich bei den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa um eine Transformation. Im Unterschied zur Transition in Südeuropa und Lateinamerika zeichnet sich die *Transformation* in Ostmitteleuropa durch mehrere Besonderheiten aus. Hierzu werden folgende Aspekte gezählt: *Zunächst* ist die Dauer der kommunistischen Partei-Herrschaft in Ost- und Ostmitteleuropa länger gewesen als die Vorherrschaft autoritärer Regime in den meisten lateinamerikanischen Ländern; auch war die Natur der Herrschaft in mehrerer Hinsicht „totalitärer“, als in anderen Regionen, so dass diese Länder nach 1989/90 ein schwieriges Erbe zu bewältigen haben. Eine „Gegenelite“ mit alternativen politischen Konzepten konnte sich in diesen Ländern darum erst sehr spät herausbilden. *Zweitens* ist der Charakter des Übergangs weitestgehend friedlich gewesen; die Rolle des Militärs blieb neutral. Ein besonders wichtiger Unterschied besteht *drittens* in dem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Claus Offe; vgl. von Beyme/Offe

1995). Dies beinhaltet die zeitgleich zu bewältigenden Aufgaben der territorialen Reorganisation und Nationalstaatsbildung, der Umstellung des Wirtschaftssystems von der staatlich gelenkten „Planwirtschaft“ zur Marktwirtschaft sowie der Umstrukturierung des politischen Systems, einschließlich der Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Der Zerfall und die *Neubildung von Staaten* als Folge der Umbrüche werden in der Literatur als zentrales Problem thematisiert. Von den 27 Staaten in der Region sind 22 neu konstituiert worden. Historisch betrachtet, entstand die Staatenwelt in Ost- und Ostmitteleuropa erst nach 1945; keiner der Staaten hatte vorher in denselben Grenzen existiert. Die eher willkürlichen Grenzziehungen in den typischerweise multiethnischen Regionen und die Situation ethnischer Minderheiten wurde unter dem Einfluss der sowjetischen Hegemonie nicht thematisiert. Die relativ schwach ausgebildete Identität als Staat erwies sich mit den Umbrüchen als Problem. Anders als beispielsweise während der Transition in Lateinamerika wurden ethnische Konflikte bei der Staatsbildung verschärft. Eine besonders gewaltsame Form nahm die Staatsauflösung und –Neubildung im Fall des ehemaligen Jugoslawien an, während die Auftrennung der Tschechoslowakei in zwei Staaten – Tschechien und die Slowakei – als Beispiel für eine friedliche Staatsauflösung gilt.

Tiefgreifende Reformen wurden auch in den *Wirtschaftssystemen* vorgenommen. Erste Maßnahmen bestanden zumeist in der Preisliberalisierung, der Reduktion von staatlichen Subventionen und in der Privatisierung von Staatsbetrieben. Darüber hinaus bemühten sich die mitteleuropäischen Länder mit Blick auf den erhofften Beitritt zur Europäischen Union die von dieser vorgegebenen Richtlinien zu erfüllen („Kopenhagener Kriterien“) und sich dem EU-Gemeinschaftsrecht anzupassen, ein Prozess der sich teilweise über zehn Jahre hinzog. Nach einer anfänglichen Transformationsrezession entwickelten sich die wirtschaftlichen Rahmendaten in den meisten Ländern in Mitteleuropa vergleichsweise gut, obwohl die Wirtschaftsreformen unterschiedlichen Konzepten, beispielsweise bezüglich des Tempos und des Umfangs der Privatisierung, folgten. Aus heutiger Sicht scheint nicht so sehr die Wahl des graduellen oder des „schocktherapeutischen“ Weges den Erfolg der Wirtschaftsreformen zu bestimmen, sondern die Konsequenz bei der Umsetzung der Marktmechanismen und die Möglichkeit, einen Zugang zum Weltmarkt zu erschließen. Am vorteilhaftesten entwickelten sich die Länder im Zentrum Europas, wie Ungarn, Polen, Slowenien, Tschechien und die baltischen Länder. Allerdings stellt der Umbau der Sozialsysteme auch diese Ländern vor große Schwierigkeiten. Stagnation und krisenhafte Entwicklungen waren zunächst in Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen, jedoch erfüllten auch diese Länder schließlich die Beitrittskriterien für die EU. Schlechter entwickeln sich dagegen die Länder Osteuropas, insbesondere Weißrussland und die Ukraine; auch in Russland geht die Wirtschaftsreform trotz der enormen Ressourcen des Landes nicht recht voran. Korruption und Schattenwirtschaft sind hier, ebenso wie in den Ländern Südosteuropas, ein Entwicklungshemmnis für die Gesellschaft; die informelle Ökonomie macht hier teilweise bis zu einem Drittel des Wirtschaftsprozesses aus. Nach Untersuchungen von „Transparency International“ sind die Länder Ost- und Ostmitteleuropas von einem hohen Grad an Korruption gekennzeichnet.<sup>36</sup>

Die Hauptschwierigkeit in der Anfangsphase der jungen Demokratien besteht darin, *neue politische Institutionen* zeitgleich mit dem wirtschaftlichen Reformprozess aufzubauen. Mit der Metapher „rebuilding the ship at sea“ (Umbau des Schiffes auf hoher See) sind die

<sup>36</sup> [http://www.transparency.de/uploads/media/05-10-05\\_CPI\\_2005\\_PressKITFinal.pdf](http://www.transparency.de/uploads/media/05-10-05_CPI_2005_PressKITFinal.pdf) (aufgerufen am 6. September 2007).



Schwierigkeiten treffend umrissen (vgl. Elster/Offe/Preuß 1998). Das neue politische System muss die Erwartungen an Legitimität und Effizienz relativ rasch erfüllen, um die Stabilität demokratischer Verhältnisse zu gewährleisten. Ob dies gelingt, ist zunächst mit einem hohen Grad an Unsicherheiten verbunden. Im Kern geht es in der Transformation zu demokratischen Gesellschaften um die Frage, wie die Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess im Rahmen der sich etablierenden Institutionen einer rechtsstaatlichen Ordnung so gestaltet werden kann, dass Konflikte im politischen Prozess artikuliert, gebündelt und politisch gelöst werden können. In diesem Prozess sind eine Vielzahl von Nicht-Regierungsorganisationen, Assoziationen, intermediären Organisationen, wie z. B. Bürger- und Selbsthilfegruppen, Gewerkschaften und Parteien bzw. parteiähnliche Zusammenschlüsse beteiligt. Im Prozess der Demokratisierung werden die Konturen der Zivilgesellschaft durch Interessenartikulation, kollektives Handeln, Selbstorganisation und politische Übereinkunft ausgehandelt.

Im Bereich des Aufbaus neuer politischer Institutionen standen die Transformationsgesellschaften daher vor großen Herausforderungen. Studien zeigen, wie wichtig neue *Verfassungen* als Rahmen für die politische Ordnung sind. Verfassungsrechtlich ist zwischen parlamentarischen und präsidentiellen politischen Systemen zu unterscheiden; Untertypen bilden semi-präsidentielle und premier-präsidentielle Regierungssysteme. Obwohl parlamentarischen Systemen konzeptionell der Vorzug zu geben ist, da sie eine solide Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament bei gleichzeitiger breiter Beteiligung verschiedener Parteien ermöglichen, sind heute viele Transformationsländer aufgrund der spezifischen Transformationsbedingungen nicht parlamentarisch aufgebaut, sondern folgen Mischformen mit oft starker Exekutive (vgl. Rüb 2001). Das Problem der defekten Demokratien ist dabei die starke Konzentration von Macht im Präsidentenamt und die schwache Kontrollfähigkeit anderer politischer Institutionen, ein Aufbau, der Autokratien befördert. Auch die *Parteienbildung* ist intensiv untersucht worden, wobei Parteiengründungen nach 1989/90 entlang dreier Grundtypen erfolgten: post-kommunistische Parteien, Parteien die in der Zwischenkriegszeit bereits bestanden und wieder gegründet wurden, sowie Parteien, die aus den Oppositions- und Bürgerbewegungen hervorgegangen sind (Segert/Stöss/Niedermayer 1997; sowie Kitschelt 1995). Nach einem anfänglichen Parteien-Boom hat sich in den meisten Ländern ein relativ stabiles Mehrparteiensystem herausgebildet, wobei die Parteienbindung der Bevölkerung schwächer ausgeprägt ist als in Westeuropa.

Unter dem Aspekt der Demokratisierung nimmt die *zivilgesellschaftliche Entwicklung* darüber hinaus eine Schlüsselstellung ein. Ohne den Aufbau einer vitalen Zivilgesellschaft können Demokratien auf Dauer nicht stabil gehalten werden. In der politischen Ideengeschichte spielt der Aufbau von Zivilgesellschaften für die Vitalität der Demokratie daher eine große Rolle. Schon die schottische Aufklärung kannte dieses Konzept, welches dann vor allem mit John Locke (Vertragsmodell) sowie Montesquieu (Assoziationsmodell) Eingang in die moderne Demokratietheorie fand. Eine dritte, neo-marxistische Konzeption der Zivilgesellschaft wurde in den 1920er Jahren von Antonio Gramsci in der „società civile“ entwickelt. Von diesen drei Theorietraditionen – Vertragstheorie, Assoziationsansatz und Kulturanalyse – ist die Verwendung des Begriffs der Zivilgesellschaft im Kontext der anti-totalitären, osteuropäischen Opposition zu unterscheiden (vgl. Arato/Cohen 1994; Honneth 1993; Kocka 2000). Hier erfuhr der Begriff der Zivilgesellschaft zunächst in Polen, später in Ungarn und ansatzweise in der DDR eine Renaissance. Im Kern bündelte das Konzept der Zivilgesellschaft alle nichtstaatlichen Sphären sozialen Handelns, die als Stützpunkte des Aufbaus einer demokratischen Opposition gegen die übermächtige Partei- und Staatsbürokratie Osteuropas

in Frage kamen. Mit dem Ende der staatssozialistischen Systeme haben sich die politischen Rahmenbedingungen der zivilgesellschaftlichen Entwicklung grundlegend gewandelt und die Bildung verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen ist in den allgemeinen Demokratisierungsprozess eingebettet. Auch die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den neuen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen, denn trotz der formal-rechtlichen Gleichstellung in den kommunistisch regierten Ländern bestanden vielfältige Probleme, die öffentlich nicht thematisiert werden konnten, wie beispielsweise Gewalt in der Familie. Auch waren Frauen von den Machteliten weitgehend ausgeschlossen, so dass sich nach dem Umbruch 1989/90 ein neues Feld der öffentlichen politischen Partizipation in zivilgesellschaftlichen Gruppen eröffnete. Als Folge der zivilgesellschaftlichen Entwicklung wurden darüber hinaus wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Integration der Bevölkerung erwartet. Diese Auffassung wurde bereits mehrfach in der Demokratisierungsliteratur thematisiert. So hatte der Harvard-Professor Robert Putnam (1993), in einem historischen Vergleich verschiedener Regionen in Italien gezeigt, dass die Stärke von zivilgesellschaftlichen Strukturen nicht nur die politische Demokratisierung, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Gemeinden und Regionen befördert. Der Norden Italiens habe sich, so Putnam, aufgrund einer starken zivilen Gemeinschaft („civic community“), die soziales Vertrauen fördere, historisch rascher entwickelt, als der südliche Teil des Landes, in dem die zivilgesellschaftliche Entwicklung schwächer ausgeprägt war. Kennzeichen einer entwickelten Demokratie ist nach Putnam eine starke zivile Gemeinschaft im lokalen Bereich.

Aus der Literatur über die Demokratisierung ehemals kommunistisch regierter Länder ergibt sich als Zwischenfazit, dass eine nachhaltige *Konsolidierung von Demokratie* nur über die Entwicklung einer vitalen Zivilgesellschaft erfolgen kann. Konzeptionell können drei Bereiche des politischen bzw. öffentlichen Handelns in den jungen Demokratien unterschieden werden: Staat, politische Gesellschaft („political society“) und Zivilgesellschaft („civil society“). Der Staat umfasst alle autoritativen und bürokratischen Einrichtungen. In diesem Bereich ist die Partizipation bzw. öffentliche Artikulation von Bürgerinteressen durch Verrechtlichung und formale Prozeduren beschränkt. In der politischen Gesellschaft findet über Parteien eine öffentliche Partizipation und Artikulation politischer Anliegen statt. Der Zugang basiert auf formalen Regeln und steht grundsätzlich den jeweiligen Bürgern über Parteimitgliedschaft, Wahlen und Parlamentsarbeit offen. Parteien verfügen über ein breiteres Spektrum der Interessenartikulation, darunter konfrontative und unkonventionelle Mittel. Als Zivilgesellschaft können dann Berufsvereinigungen, Gewerkschaften, Verbände, kirchliche Gruppen, Nachbarschafts- und Selbsthilfeorganisationen sowie soziale Bewegungsgruppen gelten, die ein öffentliches, gesellschaftliches Anliegen vertreten. Zivilgesellschaft beruht also auf nicht-staatlichen, intermediären Organisationen. Sie konstituiert einen von den politischen Eliten und vom Staatsapparat unabhängigen Bereich der Öffentlichkeit, und hierin besteht ihre korrigierende, kontrollierende und konstruktive Funktion für die Demokratisierung. Häufig ist Protest als Artikulationsform typisch für die Gruppen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft.

Um die *spezifische Konfiguration zivilgesellschaftlicher Entwicklung* in der Demokratisierung zu untersuchen, wurden in einem internationalen Forschungsprojekt auf Basis einer Vier-Länder-Studie – Polen, Ungarn, Slowakei, DDR/Ostdeutschland – Formen des Protestes empirisch untersucht, die in der Transformation zwischen 1989 und 1994 aufgetreten waren (vgl. Ekiert/Kubik 1998; Lemke 1997). Dabei ging es darum, über diese unkonventionellen Formen politischer Partizipation (Protest) zu untersuchen, wie stark zivilgesellschaftliche

Organisationen unmittelbar nach dem Systemwechsel waren. Dazu wurden die Akteure politischen Protestes, ihre Strategien und Forderungen sowie ihre Bereitschaft zu handeln, dokumentiert und analysiert. Dabei wurde davon ausgegangen, dass vor allem diejenigen Gruppen der Gesellschaft zum Protest bereit sind, die ihre Anliegen nicht oder nur ungenügend im politischen System repräsentiert sehen. Insofern Protestgruppen und soziale Bewegungen zu unkonventionellen Mitteln greifen, öffentliche oder politische Anliegen zu artikulieren, können sie Rückschlüsse auf die Vitalität von Zivilgesellschaften zulassen. So kann beispielsweise das Mobilisierungspotential der Zivilgesellschaft anhand einer Häufung von Protestereignissen ermittelt werden. Protestformen wiederum können Aussagen darüber zulassen, inwiefern „zivile“ Formen des politischen Widerstandes angewandt werden, oder ob Gewalt als nicht-zivile Form des Protestes und damit dissoziative Mobilisierungsprozesse überwiegen. Die Untersuchungsergebnisse zeigten, dass in allen vier Ländern auch nach dem Umbruch 1989/90 eine Protestmobilisierung auf beachtlichem Niveau stattfand. Kollektive Aktionen in Form von Protesten spielten nicht nur in der Phase des Regimewechsels, d. h. während des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime eine entscheidende Rolle. Vielmehr zeigte sich, dass die Entscheidungsprozesse in der Demokratisierungsphase nach 1990 von vielfältigen Protestaktionen begleitet waren. Dabei weisen Polen und Ungarn eine recht häufige, kontinuierliche Protesthäufigkeit auf. In diesen Ländern hat der graduelle Wechsel günstige Voraussetzungen für die Öffnung des politischen Raums und die Entwicklung einer relativ profilierten Protestbewegung ermöglicht. Im Fall Polens hatte die Oppositionsbewegung mit „Solidarnosc“ eine erfahrene, seit 1980 organisatorisch vernetzte politische Vertretung, die auch nach dem Systemwechsel weiter bei Protesten aktiv blieb. Durch die relative politische Offenheit im Fall von Ungarn, das schon seit den 1960er Jahren mit verschiedenen Formen der Liberalisierung des Wirtschaftssystems experimentiert hatte und in den vergangenen zwei Dekaden geringere politische Repressionen gegen reformorientierte Kräfte eingesetzt hatte, als beispielsweise die DDR, haben sich ebenfalls günstige Bedingungen für eine stärkere Protestmobilisierung herausgebildet. In beiden Fällen scheint sich zunächst zu bestätigen, dass sich der Handlungsraum für kollektive Aktionen aufgrund der relativ frühen Öffnung des politischen Systems gegenüber Veränderungen erweitert, bzw. Protestverhalten im Repertoire politischen Handelns sich bereits befestigt hat. Bemerkenswert ist, dass die Anzahl der Proteste in Ostdeutschland nach 1990 ebenfalls überraschend hoch ist. Trotz der repressiven politischen Strukturen vor dem Regimewechsel und der nur marginalen Existenz von Protest- und Oppositionsgruppen in den 1970er und 1980er Jahren ist also schon in relativ kurzer Zeit eine „nachholende Mobilisierung“ im Bereich unkonventioneller politischer Partizipation zu beobachten, die sich durch alle Länder zieht.

Wie sich in der Untersuchung weiterhin zeigte, fanden die Proteste überwiegend nicht „spontan“ statt, sondern sie wurden von bereits bestehenden Organisationen vorbereitet und initiiert. Die Protestaktivität geht also auf eine schon vorhandene, mehr oder weniger formalisierte Organisationsstruktur zurück, ist in der Regel zielgerichtet und mit klaren Forderungen verbunden, wobei durchaus auch diffuse Proteste ermittelt wurden. Diese organisatorische Dichte der Proteste ist angesichts der kurzen Zeit, in der sich Protestträger nach dem Systemwechsel herausbilden konnten, sehr erstaunlich, insbesondere da in der Literatur immer noch ein Bild vorherrschend ist, nach dem die Bevölkerung in den post-kommunistischen Ländern politisch ungeübt, apathisch und orientierungslos sei. Im Licht der Befunde über die organisatorische Struktur und die zielgerichtete Protestbereitschaft ist zu fragen, ob herkömmliche Beschreibungen eines dichotomischen Sozialverhaltens in „totalitären“ Gesell-

schaften nicht neu überdacht werden müssen. Jedenfalls haben sich in kürzester Zeit nach dem Umbruch Formen einer Protestkultur herausgebildet, die auf eine zivilgesellschaftliche Struktur der Gesellschaften verweisen.

## 4.2 Demokratisierung als Prozess

Die Frage, wann eine Demokratie konsolidiert und die Transformation abgeschlossen ist, ist nicht einfach zu beantworten. Um die Konsolidierung demokratischer Strukturen differenziert zu beurteilen, kann zwischen *formalen*, d. h. institutionell verankerten, und *informellen*, d. h. habituell-gesellschaftlich begründeten Strukturen unterschieden werden. Auf der formalen Ebene kann das institutionelle Design der neuen Demokratien zugrunde gelegt werden, während die informelle Ebene habituelle und zivilgesellschaftliche Strukturen beinhaltet. Der Demokratieforscher Robert Dahl benennt ein „prozedurales Minimum“, das Demokratien erfüllen sollen. Dazu gehören freie und faire Wahlen, aktives und passives Wahlrecht, Meinungsfreiheit, Assoziationsfreiheit, Zugang zu alternativen Informationsquellen, Konkurrenz der politischen Eliten um Wählerstimmen und die Unterwerfung der Regierungspolitik unter den Willen der Wähler. Nach heutigem Verständnis zählen zu den institutionellen Bedingungen von Demokratien daher Rechtsstaatlichkeit, politische Gleichheit bzw. gleiche Staatsbürgerrechte, sowie individuelle und kollektive Freiheiten. Regelmäßige Machtwechsel und friedliche Konfliktaustragung zeigen an, inwieweit die Demokratien stabilisiert sind. In den meisten post-kommunistischen Ländern sind diese prozeduralen Strukturen und ihre institutionelle Verankerung inzwischen selbstverständlich. Die informelle Demokratisierung, die nicht nur Institutionen beinhaltet, sondern auch Verhaltensweisen und Einstellungen sowie ein zivilgesellschaftliches Engagement, ist wesentlich schwieriger zu erfassen, aber es ist davon auszugehen, dass sie sich nur in einem länger andauernden Prozess durchsetzen kann. Eine geringe Bindekraft politischer Parteien, politisch-apathisches Verhalten, labile Regierungskonstellationen mit häufigem Regierungswechsel, verschiedentlich auch Korruption oder Vetternwirtschaft sind einige Probleme, mit denen die Demokratien Ostmitteleuropas noch zu kämpfen haben. Die Konsolidierung der jungen Demokratien sollte daher als Prozess verstanden werden.

Über fast ein Jahrzehnt wurde der Demokratisierungsprozess darüber hinaus durch ein engmaschiges „monitoring“ durch internationale Organisationen, vor allem die OSZE und die *Europäische Union* begleitet (vgl. Sturm/Pehle 2006). Diese Konstellation ist eine Besonderheit der post-kommunistischen Transformation und hebt sie von der Erfahrung Lateinamerikas und Südeuropas ab. Aufgrund internationaler Interdependenzen ist die innerstaatliche Politik in den Reformländern vor allem von der Europäischen Union beeinflusst worden. Die Mehrheit der Reformländer strebte bereits unmittelbar nach dem Systemwechsel die Mitgliedschaft in der EU an; weitere Länder der Region folgten nach und heute sind über die 27 Mitgliedsländer hinaus weitere Länder in Südosteuropa (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien sowie Mazedonien und Kosovo) sowie in Osteuropa (Ukraine, Weißrussland, Moldawien und Georgien) mit der EU vertraglich verbunden, assoziiert oder befinden sich in Beitrittsverhandlungen. Die „externe“ Moderation in Ostmitteleuropa bis zum Beitritt in die EU 2004 bzw. 2007 bezeichnet die amerikanische Politikwissenschaftlerin Milada Vachudova auch als passive und aktive Hebel („active and passive leverage“) der Demokratisierung und beschreibt deren Zusammenwirken mit den internen politischen Konstellationen

vor dem EU-Beitritt (Vachudova 2005). Politische Eliten hätten sich dann für eine Öffnung und Liberalisierung entschieden, wenn die Kosten einer weiteren nationalistischen Abschottung – wie im Beispiel der Slowakei – zu hoch, und der Nutzen eines Beitritts größer als der eines Alleingangs wurden.

Nach den epochalen Umbrüchen in Ost- und Ostmitteleuropa 1989/90 stand die Europäische Union vor erheblichem Handlungsdruck und die Frage der „Erweiterung“ der EU beherrschte die Europapolitik der 1990er Jahre. Zunächst wurden mit den Reformstaaten „Europa-Abkommen“ geschlossen, durch die diese Länder mit der EU assoziiert wurden, sowie konkrete Unterstützungs- und Hilfsprogramme (PHARE) eingeleitet. Grundlage für die Aufnahme in die EU sollten die 1993 vom Rat verabschiedeten „Kopenhagener Kriterien“ werden, die eine stabile Demokratie, Marktwirtschaft und die Einhaltung von Minderheitenrechten vorsahen, sowie die Übernahme des Gemeinschaftsrechts, *acquis communautaire*. Im März 1998 begannen schließlich mit sechs Ländern offizielle Beitrittsverhandlungen (Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Slowenien sowie dem seit längerem assoziierten Zypern und mit Malta). Im Jahr 1999 wurde diese Gruppe um weitere Länder ausgedehnt, darunter auch die Türkei. Bereits während der Nizza-Konferenz (2000) thematisierten Kommission und Rat die notwendigen inneren Reformen, und der Rat beschloss ein neues Besetzungsverfahren für die EU-Kommissare sowie ein verändertes Abstimmungsverfahren im Rat, die mit der Aufnahme der zwölf Staaten („big bang“), darunter zehn ehemals kommunistisch regierte Länder, unumgänglich wurden, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten. Eine Rückkehr in autoritäre oder diktatorische Systeme in diesen Ländern erscheint heute äußerst unwahrscheinlich.

Die Frage, ob es auch zu einer Demokratisierung anderer Länder bzw. Regionen kommen würde, ist angesichts des Legitimationsverlustes autoritärer und gerontokratischer Regierungen, wie sie im südlichen Mittelmeerraum – Tunesien, Ägypten, Libyen – Anfang 2011 aufgetreten sind, von großem Interesse. Neben Parallelen zur Öffnung Mitteleuropas sind im „arabischen Frühling“ auch große Unterschiede festzustellen. Ähnlich wie in Osteuropa setzte der Legitimationsverlust der Regime in diesen Ländern vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit blockierten Aufstiegserwartungen der jungen Generation sowie einer ausgeprägten Klientelwirtschaft ein. Zumindest in Tunesien, wo eine seit 25 Jahren währende Herrschaft des autoritär regierenden Präsidenten Ben Ali durch eine Revolution abgelöst wurde, verhielt sich das Militär neutral bzw. unterstützte den Machtwechsel. Die Massenbewegung in Ägypten, die den Sturz des seit 30 Jahren regierenden Präsidenten Hosni Mubarak durchsetzte, wurde, wie in Tunesien, vor allem von jüngeren und gebildeten Ägyptern getragen. Moderne Medien spielen in beiden Regionen eine herausragende Rolle, ebenso der „Demonstrationseffekt“, d. h. die rasche geografische Ausdehnung über die Region. Besonders aufschlussreich ist das „framing“ des Protests bzw. die Verwendung von Protestslogans und Deutungsmustern der revolutionären Gruppen, die mit Forderung nach einer Liberalisierung – „Brot und Freiheit“ und „Wir sind das Volk“ – an die Massendemonstrationen in Mitteleuropa erinnern. Anders als diese Länder verfügen die Länder im südlichen Mittelmeerraum jedoch über keine nennenswerten Erfahrungen mit demokratischen Strukturen, die in Mitteleuropa zumindest zeitweilig in der Zwischenkriegszeit bestanden, und ihre Bevölkerung ist vergleichsweise ärmer. Ähnlich wie in Osteuropa sind jedoch auch in Nordafrika unterschiedliche Wege aus der autoritären Herrschaft vorstellbar, von repräsentativen über defekte Demokratien bis hin zu neuen Autokratien.

Selbst im kommunistisch regierten China werden heute Übergänge zur Demokratie thematisiert. Der chinesische Wissenschaftler Yu Keping, Leiter des Center for Chinese Government Innovation, entwickelte beispielsweise die Vorstellung eines autonomen Weges zu Demokratie und Erneuerung in China. In einem vielbeachteten Essay „Democracy is a Good Thing“ erläutert er Vorteile, aber auch Schwierigkeiten einer demokratischen Staatsform und betont zugleich, dass die Umsetzung von demokratischen Idealen von einer landesspezifischen Autonomie ausgehen und die politischen und kulturellen Voraussetzungen des Landes berücksichtigen müsse. Auch die Demokratie benötige Autorität, dürfe sie aber nicht mit Zwang durchsetzen. „Demokratie ist eine gute Sache. Das heißt nicht, dass sie an keine Bedingungen geknüpft ist. Die Demokratie zu realisieren setzt notwendige wirtschaftliche, kulturelle und politische Bedingungen voraus. Demokratie voranzutreiben, ohne die vorhandenen Bedingungen zu berücksichtigen, kann für den Staat und das Volk zu Katastrophen führen. Politische Demokratisierung entspricht der Entwicklungstendenz der Geschichte. Es ist eine Notwendigkeit, dass alle Länder in der Welt fortwährend auf dem Weg der Demokratisierung voranschreiten. Allerdings hängen die Wahl der Zeit, das Tempo, die Art und Weise und das gewählte System von den gegebenen Bedingungen ab. Eine ideale demokratische Politik ist mit dem Wirtschaftssystem und -niveau der Gesellschaft sowie mit der Geopolitik und dem internationalen Umfeld verbunden. Sie hat auch etwas mit der politischen und kulturellen Tradition des Landes, mit den politischen Akteuren, der Bildungsqualität und Lebensgewohnheit der Bevölkerung zu tun. Die Frage, wie mit den geringsten politischen und gesellschaftlichen Kosten die größte Effizienz der Demokratie gewonnen werden kann, fordert die Intelligenz der Politiker und des Volkes heraus. In diesem Sinne gleicht die demokratische Politik der politischen Kunst. Demokratische Politik voranzutreiben, bedarf der aufwändigen Systemkonstruktion und großer politischer Fähigkeiten.“<sup>37</sup> Der chinesische Weg zur Demokratie ist für die Politikwissenschaft dabei nicht nur aufgrund der besonderen kulturellen und historischen Bedingungen des Landes von Bedeutung, sondern auch mit Blick auf die rasch wachsende Bedeutung Chinas als führender Wirtschaftsmacht.

#### **Übungsfragen zu Kapitel 4: Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts**

1. Was versteht man unter der Legitimationskrise in Ost- und Ostmitteleuropa? Welche Bedeutung hatte sie für das Ende der kommunistischen Herrschaftssysteme in der Region?
2. Welche internationalen Aspekte begünstigten das Ende der DDR und die deutsche Einheit?
3. Erörtern Sie das Konzept der Zivilgesellschaft (civil society) und seine Bedeutung in der Transformation Ost- und Ostmitteleuropas. Ist Demokratisierung ohne Zivilgesellschaft möglich?
4. Wodurch unterscheidet sich die Transformation in Ostmitteleuropa von anderen Systemwechseln, z. B. in Lateinamerika?

<sup>37</sup> <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2009-10/demokratie-yu-keping/seite-1>(aufgerufen am 17. Juli 2011).

## Literatur

- Arato, Andrew/Jean Cohen: *Civil Society and Political Theory*, Cambridge 1994.
- Arendt, Hannah: *Macht und Gewalt*, dt. München 1994
- Ash, Timothy Garton: *Ein Jahrhundert wird abgewählt*. Aus den Zentren Mitteleuropas, München 1990
- von Beyme, Klaus/Claus Offe (Hg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS-Sonderheft 26, Opladen 1995
- Ekiert, Grzegorz/Jan Kubik: „Contentious Politics in New Democracies. East Germany, Hungary, Poland, and Slovakia 1989–93“, in: *World Politics*, Vol. 50, No. 4 (1998), S. 547–581
- Elster, Jon/Claus Offe/Ulrich K. Preuß (Hg.): *Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*, Cambridge 1998
- Fuchs, Gesine: *Die Zivilgesellschaft mitgestalten: Polnische Frauenorganisationen im Demokratisierungsprozess*, Frankfurt a. M. 2003
- Glaessner, Gert-Joachim: *Systemwechsel und Demokratisierung. Russland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion*, Opladen 1997
- Honneth, Axel: „Das Konzept der ‚civil society‘“, in: *Merkur*, 46. Jg. 1993, H. 514. Jarausch, Konrad H.: *Die unverhoffte Einheit: 1989–1990*, Frankfurt a. M. 1995
- Jarausch, Konrad: *Die unverhoffte Einheit 1989–90*, Frankfurt a. M. 1995
- Kitschelt, Herbert: „Parteien in Osteuropa“, in: Helmut Wollmann/Helmut Wieselthaler/Frank Böcker (Hg.): *Transformationen sozialistischer Gesellschaften. Am Ende des Anfangs*, Opladen 1995
- Kocka, Jürgen: „Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen“, in: Hildermeier, Manfred (Hg.): *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West*, Frankfurt a. M.: Campus, 2000, S.13–40
- Lemke, Christiane: *Die Ursachen des Umbruchs. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR*, Opladen 1991
- Lemke, Christiane: „Nachholende Mobilisierung: Demokratisierung und politischer Protest in post-kommunistischen Gesellschaften“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5/97, 24. Jan. 1997, S. 29–37
- Maier, Charles S.: *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton 1997
- Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze, Konzeptionen*, Opladen 1994
- Merkel, Wolfgang: „Theorien der Transformation“, in: von Beyme/Offe (Hg.) *Politische Theorien*, München 2007, S. 30–58
- Merkel, Wolfgang/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hg.): *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen 1996
- Merkel, Wolfgang/Hans-Jürgen Puhle: *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen und Entwicklungspfade*, Opladen 1999
- Merkel, Wolfgang/Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Claudia Eicher/Peter Thiery (Hg.): *Defekte Demokratien: Theorien und Probleme*, Band 1, Opladen 2003
- Merkel Wolfgang/Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Peter Thiery (Hg.): *Defekte Demokratien*, Band 2: *Regionalanalysen*, Opladen 2006
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Lawrence (Hg.): *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore 1986
- Offe, Claus: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt a. M. 1994

- Putnam, Robert: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993
- Rüb, Friedbert: Schach dem Parlament! Die Rolle der Staatspräsidenten in den Demokratisierungsprozessen in Mittel- und Osteuropa, Opladen 2001
- Segert, Dieter/Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Wiesbaden 1997
- Sturm, Roland/Heinrich Pehle (Hg.): Die neue Europäische Union, die Osterweiterung und ihre Folgen, Opladen 2006
- Tilly, Charles: From Mobilization to Revolution, Reading 1978
- Vachudova, Milada Anna: Europe Undivided. Democracy, Leverage, and Integration after Communism, Oxford 2005